

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wochentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Samstags. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämum.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 11. Halle. Donnerstag, den 2. November.

1848.

Inhalt: Deutsche Nationalversammlung. — Politische Bedenken. — Heinrich von Gagern. — Lebende Bilder aus der Berliner Nationalversammlung. — Der Konstitut. Bürgerverein zu Wettin.

## Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 26. Octbr.

Aus der Paulskirche.

Schon den dritten Tag beschäftigen uns die Paragraphen 2 u. 3 des Verfassungsentwurfs. Eine Frage, groß und bedeutsam wie einst die über die Bildung der provisorischen Centralgewalt ist die, ob das neue Deutschland mit oder ohne Oesterreich bestehen wird. Senes mehr eine Frage der Freiheit: dies mehr eine Frage der Einheit. Es sind die Theoretiker der Einheit, welche den §. 2 ohne Aenderung, ohne Zusatz angenommen wissen wollen. Wir sind dabei, sagen sie, einen Bundesstaat zu schaffen; aus dem Begriff des Bundesstaats aber ist die Bestimmung des Paragraphen, daß „kein Theil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe“ eine unerläßliche Consequenz. Kann Oesterreich dieser Consequenz nicht folgen? — wohlan so sind Oesterreichs Wege nicht unsere Wege; wir werden statt 45 Millionen 36 Millionen organisiren. Diesen Doctrinären der Einheit gegenüber stehen in erster Reihe die enragirten Oesterreicher. Man hat, sagte neulich Einer derselben, diese Verfassungsparagraphen zum Prokrustesbett für Oesterreich gemacht; aber Prokrustes fand endlich am Theseus seinen Meister: der Doctrinarismus des Verfassungssystems könnte leicht an Oesterreich seinen Meister finden! — Und sie sehen dann auseinander, wie wenig begründet der Glaube sei, als ob Oesterreich am Rande des Abgrunds stehe, im Begriffe sei, auseinander zu fallen. Jeder, der Oesterreich kenne, sehe den rothen Faden, an welchem die Wiederordnung Oesterreichs vor sich gehen werde. Die Geschichte zeige, daß Oesterreich nach allen Niederlagen und Demüthigungen sich immer von Neuem erhoben. Die Verbindung seiner Länder sei eine geographische Nothwendigkeit. Wenn man nun diesen Staat durch starre und exclusive Verfassungsbestimmungen von Deutschland ausschließe, so

stelle man ihn nicht neben Deutschland: man stelle ihn Deutschland feindlich entgegen. Denn in demselben Maße, in welchem Deutschland sich von Oesterreich abschließe, in demselben Maße werde dies sich an Rußland anschließen: es werde sich auf slavischer Basis reorganisiren. „Die Prinzipien,“ sagte der Oberst von Meyern, „müssen nicht starrer sein, als die historische Nothwendigkeit. Man lasse für Oesterreich eine eigene mildere Form des staatlichen Anschlusses gelten; man dekretire nicht die Paragraphen 2 u. 3 mit ihren starren Forderungen, man dekretire sonst die erste Theilung Deutschlands — und der ersten könnte bald die zweite folgen; einem Norddeutschland unter Preussischer Hegemonie stünde dann vielleicht bald eine südwestdeutsche Republik gegenüber. Oder es sei auch, daß Deutschland ohne Oesterreich sich fest und einig bilde: Deutschland ist dann doch nur ein Staat zweiten Ranges: es hat keine Zukunft!“

So ungefähr und noch viel österreichischer sprachen die Oesterreicher. Sie hatten in Vielem offenbar Recht gegen die Doctrinäre: wären nur die partikularen Ansprüche, die sie erhoben, nicht allzu naiv, die Vorschläge, die sie machten, nicht allzu kümmerlich und ungenügend gewesen. Ein Mittelweg schien und scheint noch jetzt das politisch Beste. Man halte fest an den Paragraphen 2 u. 3; aber es sei das nur eine Frage an Oesterreich, auf welche Oesterreich erst die Antwort zu geben habe. Man sage ausdrücklich, daß noch die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs in Aussicht stehe, man füge eine Erklärung hinzu, des Inhalts, daß die definitive Regelung des Verhältnisses von Oesterreich zu Deutschland bis zur zweiten Lesung vorbehalten bleibe.

Ein Amendement dieser Art, so sagt man, hat Gagern in petto. Noch heut erwarten wir ihn als Redner auf der Tribüne. Schon hat er das Scepter an Simson abgegeben; er ist heruntergestiegen von dem Präsidentenstuhle und steht am Fuße der Tribüne — wie ein Löwe, zum Sprunge bereit.

Diesen Augenblick hat Groß von Prag geendet. Gagern beginnt. Es ist ein Moment, wie der am 24. Juni am Schluß der Debatten über die Centralgewalt. Ich versuche, der Rede zu folgen und ihre Hauptpunkte niederzuschreiben wie sie gesprochen werden.

„Meine Herren,“ sagt Gagern, „ein Volk war tief in Erniedrigung gefallen, unser Volk war tief gesunken, und wir suchen nach den Mitteln, es wieder zu erheben. Es war natürlich, daß man dabei die Frage erhob: was waren die Haupthindernisse, die uns aufhielten auf der Bahn zur Einheit, Macht und Größe? Unter diesen Gründen stand obenan das gemischte Verhältniß der Staaten; es war daher natürlich, daß der Ausschuß für die Verfassung diesen Mißstand vor Allem in's Auge faßte. Es besteht bei den gemischten Verhältnissen, wie sie die Bundesakte geschaffen hat, der Unterschied, ob einem deutschen Hauptlande andere Nebenlande angefügt sind, oder ob umgekehrt nicht-deutsche Staaten auch deutsche Provinzen haben. Das Letztere ist es besonders, welches herbeiführte, daß das Ausland uns misgachten konnte. So in Limburg, so in Holstein. Diese Mißverhältnisse also müssen gelöst werden. Ob §. 2 u. 3 sie unmittelbar lösen wird, das ist die Frage; es giebt Rechtsverhältnisse, denen allererst Rechnung getragen werden muß. Das Anfügen von Nebenländern an Deutsche Hauptländer ist das Andere. Eins dieser Verhältnisse ist gelöst. Preußen hat seine Nebenlande deutsch gemacht. Ein Anderes ist es mit Oesterreich. Es mag zweifelhaft sein, was in Oesterreich der Hauptbestandtheil. Jedenfalls ist das deutsche Element dort das einflußreichste. Deshalb kann ich mich nicht zu der Meinung verstehen, daß eine zwingende Nothwendigkeit herbeigeführt werde, Oesterreich zu trennen. Es ist eine Bemäntelung, wenn man das Mittel der Personal-Union vorschlägt. Die Personal-Union ist kein fortdauernder Zusammenhang. §. 2 verbietet ein gemeinschaftliches Staatsleben, er gebietet die Trennung deutscher und nichtdeutscher Länder. Hiernach ist, wenn dennoch eine Personal-Union besteht, diese eine bloß zufällige. Betrachten wir zunächst also die Resultate, die für Oesterreich eintreten würden, wenn die §§. 2 u. 3 dort Geltung fänden. Wir ziehen die deutsch-österreichischen Provinzen von den übrigen ab; diese übrigen werden dann nothwendig unter einander getrennt; denn wir haben sie von ihrem Centrum, ihrem Schwerpunkt getrennt. Galizien, Ungarn, Italien werden sich selbstständig organisiren. Ich frage nun, ob das den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen heißt? Die Verbindlichkeit, die wir haben, scheint mir die zu sein, daß wir in dem Augenblicke, wo in Oesterreich das Feuer des Bürgerkrieges lodert, nicht noch eine neue Brandfackel hineinzuwerfen, sondern vielmehr nach Kräften das Feuer zu löschen suchen. Das müssen wir, oder wir thun nicht die gewöhnliche Pflicht eines Nachbarn. Wir zerreißen ein großes Reich, ungewiß, welche Rolle die vier neuen Bestandtheile in Zukunft spielen werden. Andere Völker, wenn sie ihre Verfassung gemacht haben,

haben Sorge getragen, daß nicht Ein Mann dem neuen Staate verloren gehe: und wir, wir wollen uns trennen von einem ganzen, lang verbundenen Staate? Unsere erste Verpflichtung ist, die Hoffnung der europäischen Völker auf einen Frieden unter der Herrschaft der Freiheit nicht in der Luft hängen zu lassen. Dieser Frieden wäre aber unmöglich, wenn wir jetzt 4 selbständige Nationen, die zum Theil noch nicht die Bedingungen der nationalen Selbständigkeit in sich haben, in das europäische Chaos hineinwürfen. Betrachten wir uns im Verhältniß zu Europa, und im Verhältniß zu Deutschland. In unserem Verhältniß zu Europa würden wir unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen. Die Aufgabe unserer Nation ist eine welthistorische. Ich glaube daran; ich bin stolz darauf; wir sind zu mehr berufen, als nur dazu, uns eine Verfassung zu schaffen. Wir haben den Beruf, die Völker wie Trabanten in unsern Kreis hineinzuziehen, die selbstständig zu sein noch nicht fähig sind.

Es sind zwei Fraktionen, die mit verschiedenen Argumenten auf die Loslösung der deutschen Provinzen Oesterreichs von den andern hinarbeiten. Die Einen wollen diese Loslösung: die Andern glauben nicht an dieselbe, indem sie das Mittel der Personal-Union in Bereitschaft halten. Aber ich habe schon das Unzureichende der Personal-Union nachgewiesen. Ich glaube, wir müssen ein Verhältniß suchen, wobei Oesterreich nicht genöthigt wird, sich von seinen nichtdeutschen Provinzen zu lösen, dennoch aber in einem, wenn auch weitern Verbands mit uns bleibt. Die Frage ist, ob nicht dies möglich ist, und zugleich das Andere, daß das übrige Deutschland sich dennoch enger in sich zusammenschließe? Gemeinschaftliche materielle Interessen sind die Basis des Gedankens deutscher Einheit; an diese materiellen Interessen müssen wir daher anknüpfen, um Oesterreich an uns zu fesseln.

Von diesen Ansichten ausgehend, bin ich nicht für einen verschiebenden Antrag. Wir müssen, wie die Sachen stehn, anerkennen, daß Oesterreich in den engeren Reichsverband vorerst nicht eintreten kann. Ich habe Ihnen einen Antrag mitzutheilen, den ich so formulirt habe:

„Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflösblichen Bunde. — Die organischen Bestimmungen für dies Bundes-Verhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Akte.“

„Wie dieser Antrag gestellt ist, so gebührt ihm eigentlich die Stellung in der Mitte zwischen §. 2 u. 3; er ist ein Zusatz zu diesen Paragraphen, die er unverändert läßt. Man wendet nun ein, wir seien berufen, die Einheit zu schaffen: ich sage, wir sind berufen, die Einheit zu schaffen, so weit sie möglich ist. Nehmen wir ohne Weiteres die §§. an, so haben wir die Einheit nicht geschaffen, sondern zerrißen. Mein Amen.“

dement präjudizirt auch nicht der Frage über das Oberhaupt. Ich will ein einiges Oberhaupt: das schließt aber nicht aus, einen Organismus zu schaffen, der ein engeres und ein weiteres Reichsverband in höherer Einheit verbindet. Der Bundesstaat bleibt unsere Hauptaufgabe: das Uebrige ist Vorbereitung einer größeren Völkerfamilie, in welche einzutreten wir die Möglichkeit vorbehalten, die Thore weit offen lassen müssen."

So ungefähr die Hauptgedanken der Gagern'schen Rede. Unter dem tiefsten Eindruck schließt der Redner. Die Debatte wird vertagt. Ohne Zweifel, um morgen unter der Nachwirkung des eben Gehörten in neue Wege einzutreten.

R. Haym.

### Politische Bedenken.

Es ist von Demokraten oft gesagt worden, eine Einheit Deutschlands wäre schnell zu erzielen —, Handel und Gewerbe bekämen sofort wieder Aufschwung, die Arbeiter aber einen angemessenen hohen Lohn, wenn unser Vaterland eine republikanische Staatsform annähme. Man geht dabei von der Ansicht aus, man dürfe von der absoluten Monarchie nicht zur konstitutionellen, sondern zur Republik, als der vollendetsten Staatsform, übergehen. Viele edle deutsche Männer, jetzt häufig zu Reaktionen gestempelt, sind indeß einer andern, bessern Ansicht, und versuchten deshalb auf friedlichem Wege die nöthige Reform der politischen wie socialen Zustände anzubahnen, wobei sie natürlich am meisten gegen die sogenannten Volksfreunde zu kämpfen haben, welche die Grenzen weiser Mäßigung Rückschritt nennen, und das Volk für die Phantasiegebilde zu begeistern streben, deren Verwirklichung sie in einer Republik erhoffen. Da es aber Thatsache ist, daß in unserem Staate eine sehr geringe Zahl Bürger die Republik will, und ein überwiegender Theil der Republikaner selbst eigentlich nicht weiß, was er will, so würde die Republik nur durch Gewalt, durch einen Bürgerkrieg, durch Unterdrückung der Mehrzahl durch die Minderzahl herzustellen sein. Ein solcher Staat ist aber ein despotischer. Glauben die Herren Demokraten in unbegreiflicher Verblendung, daß sich Millionen werden terrorisiren und in eine republikanische Form zwingen lassen? Wir sind also entschieden der Meinung, daß es die heiligste Pflicht jedes Patrioten, dem es mit dem Wohl und der Freiheit des Volks wirklich Ernst ist, sein muß, nicht gleichgültig zu bleiben, sondern den Demokraten dadurch entgegenzuwirken, daß er für die unteren Klassen einen festen moralischen Boden durch Beispiel, Belehrung, Annäherung und Unterstützung zu gewinnen sucht, denn nur in einer demokratisch-konstitutionellen Monarchie kann dauernd Glück und Frieden und Bürgerwohl gesichert werden. Wenn man aber fortwährend solche Leidenschaften und Gelüste hervorrufft, die nur Anarchie und Pöbelherrschaft zur Folge haben können, so dürfen wir keine Hebung des

Verkehrs, keine politische Festigkeit, keine Verbesserung der socialen Verhältnisse, wohl aber eine bodenlose Demoralisation des Volkes erwarten.

A. Haag.

Anmerk. der Red. Wir haben des Raumes wegen uns Abkürzungen erlaubt.

### Heinrich v. Gagern,

ein Haß der Wähler, eine Zierde Deutschlands, ist geboren am 20. August 1799 im Nassau'schen, wo damals sein jetzt 82jähriger Vater in Staatsdiensten war. Als bei der Stiftung des Rheinbundes der Vater sich nach Oesterreich wandte, übergab er diesen Sohn der Militärschule in München, aus welcher er in das bürgerliche Leben überzutreten sich entschloß. Der 1815 von Neuem ausbrechende Kampf war indeß die Veranlassung, daß er in die Militärdienste des Herzogs von Nassau trat und bei Waterloo mitkämpfte, wo er als 16jähriger Jüngling eine Compagnie führte, nachdem ihr alle Offiziere kampfunfähig gemacht worden. Mit einer Wunde gezeichnet, bezog er 1816 die Universität Heidelberg, wo er bei der Gründung der Burschenschaft thätig war, worauf er sich zur Fortsetzung seiner Studien nach Göttingen und dann nach Jena wendete. Nach Vollendung des Staatseramens im Großherzogthum Hessen (1820) trat er als Regierungsassessor zu Lorsch 1821 in den Staatsdienst. Bald darauf nahm ihn der Minister von Grolmann als geheimen Sekretär in das Ministerium, aus welchem aber Gagern, da er sich mit seinen freien Ansichten nicht heimisch fühlte, schon 1824 wieder aus, und als Assessor in die Regierungsbehörde der Provinz Starkenburg eintrat. In seiner Erstlingschrift vom Jahr 1827 kämpfte er mit Freimuth gegen die hemmenden Einflüsse, welche durch die Regierung in der zweiten Kammer auszuüben versucht wurden. 1829 zum Regierungsrath befördert, ward er 1832 in die zweite Kammer gewählt, wo er sofort eine ausgezeichnete Thätigkeit zu entwickeln begann, zugleich aber auch bei der Regierung sich mißliebiger machte, so daß man ihm den Kammerherrnschlüssel abforderte. Dennoch trat er 1834 wieder in die Kammer ein, welche ihm die meisten Stimmen zur Präsidentsur gab. Der Großherzog bestätigte sie nicht. Dafür wählte man ihn 1835 wieder in die von Neuem aufgelöste Kammer. Aus Verdruß kehrte Gagern jetzt in das Privatleben zurück, und besaß nach vielen materiellen Opfern, die er gebracht, nicht mehr die Mittel, welche ihm den erforderlichen Wahlcensus boten. Er wurde Landwirth und pachtete das seinem Vater gehörige Gut Monsheim bei Worms. 1845 ward er zum Präsidenten des landwirthschaftlichen Vereins in Rheinhesseu gewählt, und nahm zu Anfange des Jahres 1847 seinen Sitz wieder in der Kammer, aus welcher er 1848 als Minister des Auswärtigen und des Innern hervorging. Die Ernennung durch den Mitregenten traf ihn auf der Reise nach Heidelberg, wo das Vorparla-



ment berathen werden sollte. Im März trat er in das Vorparlament selbst ein. In der deutschen National-Versammlung zum provisorischen Präsidenten ernannt, ist er vom 31. Mai an, nachdem er seiner Ministerstelle entsagt, bis jetzt stets zum Präsidenten wieder erwählt worden. — Vorstehende kurze Notizen sind aus dem so eben anonym erschienenen Buche: „Heinrich von Gagern,“ entnommen.

### Lebende Bilder

#### aus der Berliner Nationalversammlung.

Nachfolgende Skizzen sind mir durch ein Mitglied der genannten Versammlung zugekommen. Ich habe dem Material nur hier und da eine andere Form gegeben. Vielleicht sind dergleichen Schilderungen nicht ohne Interesse; sie können dazu dienen, als ein Kommentar Manches zu erklären, was außerdem dem bloßen Zeitungsleser dunkel und zusammenhanglos bleibt.

Hasemann.

**Baumstark.** Kräftig und gesund, etwa 45—50 Jahre alt. Lehrer und Direktor der landwirthschaftlichen und Forstakademie in Eldena bei Greifswald, vertritt er den letztgenannten Wahlkreis, nicht ohne Talent und mit vieler Sachkenntniß, aber in zu doctrinären und langgedehnten Vorträgen, unter welchen sich in der Regel ein großer Theil der Linken entfernt. Er sitzt rechts.

**v. Berg.** Ein kleiner, erst etwa 35 Jahr alter, wohlgenährter Kaplan aus Jülich für Jülich. Er sieht die Welt durch eine Brille an, aber durch die Brille des linken Centrums. Er hat zwar auf dem Kopfe wenig Haare, aber desto mehr auf den Zähnen. Seine schlagenden, meist kurzen, etwas sündigen Bemerkungen fürchten fast alle Parteien; keine traut ihm recht; es steckt so etwas von einem Jesuiten in dem Männlein. In der Kammer läuft er wie Quecksilber hin und her, ist selten auf seinem Sitze.

**Brill.** Schriftsetzer aus Breslau für den Stadtkreis Breslau, ist für die sociale Republik, aber ohne Talent und Bildung, und dennoch nicht ohne Bedeutung für viele schlesische Bauern, welche aufstehen, wenn er aufsteht, sitzen bleiben, wenn er sitzen bleibt. Brill ist ein hagerer Mann von mittlerer Größe und zählt etwa 33 Jahre.

**Bucher.** Assessor aus und für Stolpe, sitzt auf dem linken Centrum, hat einen scharfen juristischen Verstand, mit welchem er alle Konsequenzen der Revolution anerkennt und den Feudalstaat zu vernichten strebt. Trotzdem liegt in seinem Auftreten ein Zug der Bescheidenheit und in seinen Reden etwas Sinnnehendes.

**Dr. Dane.** Jurist aus und für Pippstadt, am Ausgange der dreißiger Jahre stehend. Obwohl total blind, ist er dennoch der Hauptwächter des Geschäftsreglements, in-

dem er jede Verletzung desselben auf der Stelle vom Plaze aus rügt. Er ist einer der unversöhnlichsten Feinde der Linken.

### Der Konstitutionelle Bürgerverein zu Wettin.

Wettin am 29. October. Auch hier hat sich seit geraumer Zeit das Bedürfnis sehr fühlbar herausgestellt, den Bestrebungen der sogenannten Demokraten, welche mit idealistischen Plänen und unreifen Systemen die Menge zu färtigen suchen, auf eine entschiedene Weise entgegenzutreten. Eine große Anzahl der hiesigen Einwohner hat daher unter dem Namen „konstitutioneller Bürgerverein“ eine Gesellschaft gestiftet, um mit positiver, praktischer Wirksamkeit einen Hebel zu gewinnen, der die politischen Postulate nicht einseitig, in der reinen Negation zu realisiren sucht, der das Alte nicht zerstört, sondern der aus diesem ein gutes Neues schaffen hilft. Der Verein geht bei den Besprechungen der politischen Tagesfragen vom monarchisch-konstitutionellen Standpunkte aus, und will mit ihm die demokratischen Grundsätze in praktischer Zulässigkeit verbinden. Der Verein wird bei Beurtheilung von Communalangelegenheiten die Gemeinde als die erste Einheit in der Sphäre des konstitutionellen Staatslebens betrachten, für die staats- und stadtbürgerlichen Wünsche somit Anlaß zum Austausch von Ansichten geben, und sich als Vereinigungsorgan für das öffentliche Leben hinstellen. Durch regelmäßige wöchentliche Sitzungen, an denen jedem konstitutionell Gesinnten nach vorheriger Anerkennung des Statuts die Theilnahme gestattet ist, durch von Zeit zu Zeit stattfindende Volksversammlungen, durch Anschluß an andere konstitutionelle Vereine der Nähe und Ferne, und endlich durch die Presse wird der Verein seine Wirksamkeit behütigen und diejenigen Rechte und Pflichten zu wahren suchen, welche das neue Staatsleben bedarf und erstrebt.

Steinwarth.

Anmerkung. Wir heißen den Wettiner konstit. Bürgerverein freudig willkommen und werden seinen ferneren Mittheilungen gern die Spalten des Bürgerblatts öffnen, da wir überhaupt wünschen, daß man uns die Verhandlungen und Anzeigen der konstit. Vereine, die sich uns angeschlossen haben, zum Druck mittheile, damit das Bürgerblatt das Vermittlungs- und Mittheilungsorgan der konstitutionellen Partei unsrer Provinz werde. Eben so bereitwillig nehmen wir Mittheilungen und Abhandlungen über städtische und gewerbliche Gegenstände gleichfalls ohne Inserirungsgebühr auf.

Die Redaction.

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Samstags. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 11.

Halle, Donnerstag, den 2. November.

1848.

Inhalt: Deutsche Nationalversammlung. — Politische Bedenken. — Heinrich von Gagern. — Lebende Bilder aus der Berliner Nationalversammlung. — Der konstitut. Bürgerverein zu Wettin.

## Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 26. Octbr.

Aus der Paulskirche.

Schon den dritten Tag beschäftigen uns die Paragraphen 2 u. 3 des Verfassungsentwurfs. Eine Frage, groß und bedeutsam wie einst die über die Bildung der provisorischen Centralgewalt ist die, ob das neue Deutschland mit oder ohne Oesterreich bestehen wird. Jenes mehr eine Frage der Freiheit: dies mehr eine Frage der Einheit. Es sind die Theoretiker der Einheit, welche den §. 2 ohne Aenderung, ohne Zusatz angenommen wissen wollen. Wir sind dabei, sagen sie, einen Bundesstaat zu schaffen; aus dem Begriff des Bundesstaats aber ist die Bestimmung des Paragraphen, daß „kein Theil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe“ eine unerläßliche Consequenz. Kann Oesterreich dieser Consequenz nicht folgen: — wohlan so sind Oesterreichs Wege nicht unsere Wege; wir werden statt 45 Millionen 36 Millionen organisiren. Diesen Doctrinären der Einheit gegenüber stehen in erster Reihe die enragirten Oesterreicher. Man hat, sagte neulich Einer derselben, diese Verfassungsparagraphen zum Prokrustesbett für Oesterreich gemacht; aber Prokrustes fand endlich am Theseus seinen Meister: der Doctrinarismus des Verfassungssystems könnte leicht an Oesterreich seinen Meister finden! — Und sie sehen dann auseinander, wie wenig begründet der Glaube sei, als ob Oesterreich am Rande des Abgrunds stehe, im Begriffe sei, auseinander zu fallen. Jeder, der Oesterreich kenne, sehe den rothen Faden, an welchem die Wiederordnung Oesterreichs vor sich gehen werde. Die Geschichte zeige, daß Oesterreich nach allen Niederlagen und Demüthigungen sich immer von Neuem erhoben. Die Verbindung seiner Länder sei eine geographische Nothwendigkeit. Wenn man nun diesen Staat durch starre und exclusive Verfassungsbestimmungen von Deutschland ausschließe, so

stelle man ihn nicht neben Deutschland: man stelle ihn Deutschland feindlich entgegen. Denn in demselben Maße, in welchem Deutschland sich von Oesterreich abschließe, in demselben Maße werde dies sich an Rußland anschließen: es werde sich auf slavischer Basis reorganisiren. „Die Prinzipien,“ sagte der Oberst von Meyern, „müssen nicht starrer sein, als die historische Nothwendigkeit. Man lasse für Oesterreich eine eigene mildere Form des staatlichen Anschlusses gelten; man dekretire nicht die Paragraphen 2 u. 3 mit ihren starren Forderungen, man dekretire sonst die erste Theilung Deutschlands — und der ersten könnte bald die zweite folgen; einem Norddeutschland unter Preussischer Hegemonie stünde dann vielleicht bald eine südwestdeutsche Republik gegenüber. Oder es sei auch, daß Deutschland ohne Oesterreich sich selbst organisiren könnte; Rußland ist dann doch nur ein Nachbar, der hat keine Zukunft!“

So ungefähr und noch anders haben sich die Oesterreicher. Sie haben sich gegen die Doctrinäre: widersprüchliche, die sie erhoben, nicht gemacht, nicht allzu gewesen. Ein Mittelweg das politisch Beste. Man lasse die Paragraphen 2 u. 3; aber es sei doch ein Reich, auf welche Oesterreich habe. Man sage ausdrücklich die Forderung der Verfassungsentwurfs füge eine Erklärung hinzu, welche die definitive Regelung des Verhältnisses zwischen Deutschland bis zur zweiten

Ein Amendement d. Heinrich von Gagern in petto. Noch hat er nicht auf der Tribüne. Ein Amendement d. Simson abgegeben; er hat nicht auf den Präsidentenstuhle und steht wie ein Löwe, zum Spruch

